

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/85

5. Mai 1976

Chancen für Facharbeiter wesentlich verbessert

Aber noch ungelöste Probleme im Angestelltenbereich
- Bemerkungen zu den neuesten Arbeitsmarktdaten

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 64 Zeilen

Wieviele Abgeordnete haben im Europa-Parlament Platz?

Immer neue Widerstände werden gegen die Direktwahl auf-
gebaut

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Eine Art Neuverteilung der Erde

Seerechtskonferenz; Die Bundesrepublik liegt trotz
großer Probleme gut im Rennen

Von Horst Grunenberg MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Seerecht der SPD-Bundestags-
fraktion

Seite 5 und 6 / 96 Zeilen

Wandel durch Normalisierung

Kurze Bilanz eines Besuches in der UdSSR

Von Albert Daswald MdL
Ministerpräsident von Hessen und Landesvorsitzender
der hessischen SPD

Seite 7 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhalle 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 68 66 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Köbener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Chancen für Facharbeiter wesentlich verbessert

Aber noch ungelöste Probleme im Angestelltenbereich - Bemerkungen zu den neuesten Arbeitsmarktdaten

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hatte schon einige Tage vor seiner traditionellen Monatspressekonferenz die Katze aus dem Sack gelesen: Stingl mutmaßte aus guten Gründen, daß die magische Millionengrenze bei der Zahl der Arbeitslosen mit den April-Daten des Arbeitsmarkts nicht unterschritten werde. Jetzt lieferte er den Beleg. 93.693 Arbeitssuchende waren es mehr. Zwar nahm die Zahl um 8,1 vH gegenüber dem Vormonat ab, zwar reduzierte sich die Arbeitslosenquote auf 4,8 vH - aber die Bundesbürger hätten doch gerne noch positivere Werte gesehen.

Glanzvoller im Bericht des Präsidenten war da schon die Kurzarbeiterstatistik. Eine Abnahme um 28,8 vH oder 144.000 signalisierte die Kraft des wirtschaftlichen Aufschwungs, gemessen am Vormonat auch seine Beständigkeit. Allerdings wurde erneut belegt, daß die bundesrepublikanische Wirtschaft nach wie vor zögernd den Auftriebstendenzen des Marktes folgt. Kurzarbeit wird konsequent abgebaut, neue arbeitsmarktpolitische Engagements geht man nur sehr zurückhaltend ein. Das beweist die dritte Kennziffer, die Stingl heute nannte. Die Zahl der offenen Stellen stieg um 5,1 vH wieder auf 256.000. Trotzdem waren die Arbeitsmarktpolitiker in Nürnberg enttäuscht. Die Wirtschaftslage, beherrscht in die betrieblicher Dispositionen eingerechnet, hätte nach ihrer Ansicht mehr hergeben müssen.

Schürft man tiefer, zeigt sich allerdings eine Strukturschwäche des Arbeitsmarktes, die uns allen in den nächsten Monaten noch einiges Kopfzerbrechen bereiten dürfte. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres stieg das Angebot an offenen Stellen in der Metallindustrie um 16,9 vH, im Baugewerbe gar um 32,7 vH - aber bei den Angestelltenberufen war ein Rückgang um 19,2 vH zu verzeichnen. Nicht anders verlief die Kurve (wieder zum Vorjahreszeitraum gerechnet) beim Abbau der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Branchen: Metall meldet ein Minus von 11,2 vH, Textil eines von 12,3 vH und das Baugewerbe kann mit dem Rekordrückgang von 42,7 vH aufwarten. Le-

diglich die Angestelltenberufe fallen wieder aus der Reihe. Hier wurden 29,6 vH mehr Arbeitslose gezählt als im April 1975.

Es ist nicht verwegen, wenn man daraus den Schluß zieht, daß die Facharbeiter in der jetzigen Phase des Aufschwungs deutlich verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Erste Engpässe sind entstanden, und besonders im Baugewerbe fällt es der Bundesanstalt alles andere als leicht, den angemeldeten Bedarf zu befriedigen. Die statistischen Werte spiegeln nur unvollkommen die Tatsache wider, daß die angekurbelte Produktion den qualifizierten Arbeitnehmer zuerst braucht. Und ihn teilweise jetzt schon ernsthaft suchen muß.

Andererseits hat die Rationalisierungswelle im Büro, die Zurückhaltung der öffentlichen Verwaltung in Sachen Neueinstellung und die Konzentrationstendenz im Handel (kombiniert mit kräftesparenden Verkaufsmethoden) die Chancen arbeitsloser Angestellter nicht im wünschenswerten Umfang verbessert. Eher ist das Gegenteil der Fall. Selbst wenn man einrechnet, daß in der April-Statistik der Kündigungstermin zum Quartalschluß (31. März 1976) erstmals erfaßt ist, muß man davon ausgehen, daß es noch einige Zeit dauern wird, bis im Dienstleistungsbereich die Konjunkturimpulse belebend wirken. Nicht zuletzt spiegelt die Zahl von 167.000 Teilzeitarbeit-Suchenden (meist sind es Frauen) die Schwierigkeiten im tertiären Sektor wider.

Mit der üblichen Zeitverzögerung sind die Angestellten von der Rezession erfaßt worden. Aber problematisch ist, daß im Aufschwung die Instrumente fehlen, sie schnell und reibungslos in den Arbeitsmarkt wieder einzugliedern. Auf längere Sicht gesehen ist die Höherqualifizierung das Mittel, diese Entwicklung zu steuern. Allerdings dürfen in der jetzigen Phase negative Erfahrungen bei den Angestellten nicht zu Kurzschlußentscheidungen führen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist derzeit noch zwiespältig. Sie ist für gewerbliche Arbeitnehmer erfreulicher als für die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Der Silberstreifen am Horizont ist der Andeutung eines Regenbogens gewichen. Verwirrend in seinem Farbenspektrum, verlässlich in der Entwicklung, die er anzeigt. Die Politiker haben die Aufgabe, diese Entwicklung zu fördern und sich möglichst schnell den Kopf zu zerbrechen, wie man die Strukturschwächen des Arbeitsmarktes in den Griff bekommt.

(-/5.5.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Wieviele Abgeordnete haben im Europa-Parlament Platz ?

Immer neue Widerstände werden gegen die Direktwahl aufgebaut

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Immer noch steht die endgültige Entscheidung über die Direktwahl des Europäischen Parlaments aus. Nachdem die Staats- und Regierungschefs der neun Länder der Europäischen Gemeinschaft Ende 1974 sich im Grundsatz geeinigt hatten, im Frühsommer 1978 erstmalig die Abgeordneten zum Europäischen Parlament direkt wählen zu lassen, war die europäische Politik wieder mehr ins allgemeine Interesse gerückt.

Die demokratischen Parteien in der Gemeinschaft begannen mit Vorbereitungsarbeiten. Liberale und christliche Demokraten bemühten sich daher nachzuzuvollziehen, was Sozialdemokraten in Europa bereits vor Jahren begannen hatten, nämlich die Intensivierung der Zusammenarbeit der Parteien in Europa. Der Bund sozialdemokratischer Parteien der Gemeinschaft gründete vier Arbeitsgruppen, die mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen Wahlplattform begannen, mit der alle im Bund zusammengeschlossenen Parteien den ersten europäischen Wahlkampf bestreiten wollen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt meldete als erster europäischer Politiker seine Kandidatur zum Europäischen Parlament an, was überall in der Gemeinschaft einen positiven Widerhall fand.

Schon Anfang 1975 hatte das Europäische Parlament eine Konvention zur Direktwahl vorgelegt, die breite parlamentarische Zustimmung fand und auch für die Regierungen eine hervorragende Diskussionsgrundlage darstellt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte als erste Fraktion überhaupt eine spezialisierte Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich eingehend mit allen aus der Direktwahl hervorgehenden Fragen befaßt und eine positive Stellungnahme zum Patijn-Bericht abgegeben hat. Auch die erforderlichen innerstaatlichen Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der Direktwahl wurden von ihr genauestens untersucht.

Seit einigen Wochen sind wir nun Zeugen einer merkwürdigen Entwicklung. Immer neue Widerstände werden aufgebaut, um die Direktwahl zu verzögern. Erst gibt es Querelen wegen des Wahltages. Nachdem dieses Problem gelöst ist, kann

man sich nicht über die Anzahl der Sitze im direkt zu wählenden Parlament einigen. Der französische Staatspräsident, der einer der aktivsten Befürworter der Direktwahl war, sieht sich in seinem Land einer sonderbaren Allianz, gebildet aus orthodoxen Gaullisten und Kommunisten gegenüber, die beide im Falle einer Direktwahl um die Souveränität Frankreichs bangen. Die Diskussionen, die bei unserem Nachbarn zur Zeit geführt werden, erinnern fatal an die Debatte um die EVG, die Anfang der 50er Jahre zum endgültigen Scheitern einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft geführt hatte.

Die Briten wollen keinerlei Rechte abgeben, die ihrer Meinung nach nur Westminster zustehen. Die Dänen bekunden ebenfalls ein nicht allzu großes Interesse für die Direktwahl. So muß der Eindruck entstehen, daß immer mehr Regierungen gerne wieder von dem einmal gefaßten Beschluß abrücken möchten.

Die deutsche Bundesregierung, unterstützt von den demokratischen Parteien, hat sich eindeutig auf die Direktwahl festgelegt. Sie hat immer wieder betont, daß der Verpflichtung des EG-Vertrages nachgekommen werden muß, der direkte Wahlen zu einem Europäischen Parlament vorsieht. Der deutsche Bundeskanzler hat auf der letzten Sitzung des Europäischen Rates seine Bereitschaft erklärt, jeden Kompromiß zu akzeptieren, der diese Wahlen ermöglicht. Aber weder den Regierungschefs noch ihren Außenministern ist es bis jetzt gelungen, die notwendige endgültige Entscheidung zu treffen, die alle bindet.

Die Regierungschefs gaben nach dem Debakel von Luxemburg Anfang April den Auftrag an die Außenminister weiter, sich noch einmal mit der Anzahl der zu vergebenden Sitze zu befassen.

Bei den Außenministern scheint nun dieses Thema ein Dauerbrenner ihrer Tagesordnung zu werden. In zwei Wochen wollen die Minister, nachdem sie sich am 3. Mai 1976 in Brüssel wieder nicht einigen konnten, erneut beraten. Allen Regierungen müßte klar sein: Wenn nicht bald eine Entscheidung fällt, wird es schwierig werden, den Termin 1978 aufrechtzuerhalten, den sich die Regierungschefs selbst gesetzt hatten.

(-/5.5.1976/ks/pr)

+ + +

Eine Art Neuverteilung der Erde

Seerechtkonferenz: Die Bundesrepublik liegt trotz großer Probleme gut im Rennen

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Seerecht der SPD-Bundestagsfraktion

In New York geht am Freitag die vierte Sitzungsperiode der 3. Seerechtkonferenz der Vereinten Nationen zu Ende. Die nächste Session steht für den Sommer bevor, und angesichts des schleppenden Fortgangs der Verhandlungen muß die Zwischenzeit genutzt werden, um auf nationaler und regionaler Ebene, aber auch innerhalb und zwischen den vielen Gruppierungen eine Einigung in den Hauptgegenständen der Konferenz und der gesamten Materie vorzubereiten. Die Zeit drängt, denn schon häufen sich einseitige Erklärungen von Wirtschafts- und Fischereizonen, und die kaum verhüllte Drohung der USA, die erwarteten Ergebnisse der Konferenz einseitig vorwegzunehmen, wenn nicht bald Resultate vorliegen, schreckt.

Die Hauptgegenstände der Konferenz lassen sich in zwei Themenkreisen zusammenfassen. Der erste umfaßt eine riesige "Landnahme zur See" im küstennahen Drittel der Meere (die Wasserfläche erstreckt sich auf 70 vH der Erde); die Schlagworte sind hier Küstenmeer - Wirtschaftszone - Festlandsockel. Der zweite Themenkreis hat den küstenfernen Tiefseeboden zum Gegenstand und befaßt sich mit den Modalitäten und rechtlichen Regelungen seiner Ausbeutung. Wenn man weiß, daß so wertvolle Metalle wie Mangan, Nickel, Kupfer und Kobalt in unermeßlichen Feldern sogenannter Manganknollen am Boden der Tiefsee lagern, wird man verstehen, daß Rohstoffproduzenten und -konsumenten gleichermaßen aufmerksam, jedoch mit unterschiedlichen Vorstellungen diesen Schatz betrachten. Wie die Interessen der Bundesrepublik Deutschland hier liegen, erhellt aus einer einzigen Zahl: Bei allen genannten Mineralien ist sie zu 100 vH importabhängig.

Im einzelnen läßt sich für die "Landnahme zur See", die Staaten mit günstig geschnittenen langen Küstenlinien, mit vorbelagerten Inseln oder Archipelstaaten mit riesigen Küstenvorfeldern zur bevorrechtigten oder ausschließlichen Nutzung unterstellen wird, schon heute voraussagen:

1/ Das Küstenmeer (Hoheitgewässer) wird generell auf 12 Seemeilen (sm) ausgedehnt. Die dadurch neu entstehenden etwa 120 "juristischen" Meerengen werden einer Regelung unterworfen sein, die freie Durchfahrt und freien Überflug unter tragbaren Einschränkungen garantiert.

2/ Die Wirtschaftszone (188 sm, zusammen mit den 12 sm des Küstenmeeres 200 sm, daher der gebräuchliche Ausdruck 200-sm-Wirtschaftszone) wird die Verfügungsgewalt des Küstenstaates über die lebenden und nichtlebenden Ressourcen der Wasserschale und des Meeresbodens und -unterbodens festschreiben. Hier lagern 80 bis 90 vH der Erdöl- und Erdgasvorräte, und die nutzbaren Fischbestände wandern zu etwa 80 vH in diesen Raum. So ist es zu verstehen, daß die Küstenstaaten ihre Hand auf diese Vorkommen legen und Mitnutzungsansprüche Dritter weitgehend abwehren wollen.

Während es noch Politiker gibt, die, wie etwa der CDU-Abg. Dr. Todenhöfer, das "Ob" der Wirtschaftszone in Zweifel ziehen, wissen alle Fachleute längst, daß es in den sehr schwierigen Verhandlungen um die rechtliche Ausgestaltung der Wirtschaftszone nur noch darum geht, sie nicht allmählich in den Status des Küstenmeeres zu überführen und damit so lebenswichtige Interessen der internationalen Staatengemeinschaft, wie

etwa die Schifffahrtswirtschaft, zu gefährden. Die Freiheit zur wissenschaftlichen Meeresforschung wird in diesem Bereich mit Sicherheit beschnitten werden: Die Grundlagenforschung soll mit administrativen Einschränkungen weiter möglich sein, Ressourcenforschung wird nur noch mit Genehmigung des Küstenstaates durchgeführt werden dürfen.

3/ Festlandssockel. Unter Festlandssockel versteht man den Meeresboden und -unterboden der Unterwassergebiete, die als natürliche Fortsetzung der Landmasse eines Küstenstaates bis zum Kontinentalrand reichen. Es hätte nahe gelegen, Wirtschaftszone und Festlandssockel in einer gemeinsamen Nutzungsordnung zusammenzufassen und sie bis 200 am zu erstrecken. Doch der Appetit der Küstenstaaten auf immer größere und ihrer bevorrechtigten Nutzung unterworfenen Meeresräume wird nicht zu bremsen sein und beschert eine weitere Einschränkung der bisherigen Freiheit der Meere - die freilich bisher in vollem Umfang nur von wenigen Seemächten voll ausgeschöpft werden konnte.

Die Frage, wer in welcher Weise und in welchem Umfang die Schätze der Tiefsee nutzen darf, ist zu einer Kernfrage der Seerichtskonferenz geworden. Die Gruppe der 77, eine schlagkräftige Bündelung der Staaten der Dritten Welt, die mit 107 von 150 Staaten inzwischen über eine Zweidrittelmehrheit auf der Konferenz verfügt, sieht hier die Möglichkeit, einen Hebel zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung anzusetzen. Die Landproduzenten von Mineralien sollen vor Preisrückschlägen durch den Meeresbergbau geschützt, die Tiefseeausbeutung einer besonderen Regelung unterworfen werden.

Diese sieht eine Internationale Meeresbodenbergbaubehörde vor - ausgestattet mit Rat, Versammlung und Gerichtsbarkeit -, die den Zugang zum Tiefseeboden regeln, aber auch selbst Abbautätigkeiten ausüben soll. Deren Erlöse soll den ärmsten Staaten der Dritten Welt zugutekommen. Im Prinzip stimmen die Industriestaaten einer solchen Lösung zähneknirschend zu, wenn ihnen auch abverlangt wird, Technologie, Kapital und Ausbildung von Fachkräften mitzufinanzieren. Aber die Schätze der Tiefsee locken und machen dieses "Opfer" erträglich. Eine Fülle von Einzelfragen steht noch offen und niemand wird vor ihrer Klärung die umfangreichen Investitionen wagen, die notwendig sind, um den Tiefseeboden zu erschließen und auszuheben - man spricht je Manganknollenfeld von annähernd einer Milliarde DM.

Die Bundesrepublik ist für den Meeresbodenbergbau gerüstet, ihr technologischer Stand gilt als der fortgeschrittenste nach dem der USA. Was die "Landnahme zur See" angeht, so läßt ihre ungünstig geschnittene Winkelküste keine Gewinne zu, und im Gegensatz zu so begünstigten Staaten wie z.B. die USA, die UdSSR, Norwegen oder Australien schneidet sie schlecht ab. Aber unsere Küsten lassen sich leider nicht ändern und andere Staaten - wie etwa die DDR oder Binnenstaaten wie Österreich - sind noch wesentlich stärker im Nachteil.

Die Bundesrepublik Deutschland wird deshalb Wege finden müssen, um den Festlandssockel und die Wirtschaftszone von Drittstaaten im gegenseitigen Interesse beider Seiten über Joint ventures und Kooperationen mitzunutzen. So wird auch die Bundesrepublik Deutschland dank ihres hohen technologischen Standards, der den meisten Küstenstaaten fehlt, sich ihren Anteil an der Neuregelung des Meeresvölkerrechts sichern können.

(-/5.5.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Wandel durch Normalisierung

Kurze Bilanz eines Besuches in der UdSSR

Von Albert Oswald Mdl.

Ministerpräsident von Hessen und Landesvorsitzender der hessischen SPD

In allen Gesprächen, die die von mir geleitete Bundesratsdelegation in Moskau und Leningrad u.a. mit einer Delegation des Obersten Sowjets, dem ersten stellv. Außenminister Kusnezow und dem stellv. Ministerpräsidenten Masurow geführt hat, ist deutlich zutage getreten, daß die Sowjetunion an einer Fortsetzung und Förderung der auf Entspannung und Friedenssicherung gerichteten Vertragspolitik vital interessiert ist. Sie mißt hierbei der kontinuierlichen Verbesserung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik wesentliche Bedeutung zu. Von sowjetischer Seite wurde eindringlich die Notwendigkeit betont, den Prozeß der internationalen Entspannung und die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen ebenso unumkehrbar zu machen wie die durch den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 bewirkten positiven Wandlungen in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik.

In dem offen, sachlich und auch kritisch geführten Dialog stimmten beide Seiten in der Beurteilung der leidvollen Vergangenheit und der positiven Würdigung der Fortschritte im bilateralen Verhältnis seit Abschluß des Moskauer Vertrags überein. Die gute Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs zwischen beiden Ländern, in der die Bundesrepublik zu dem mit Abstand wichtigsten westlichen Aussenhandelspartner der UdSSR geworden ist, wurde als besonders erfolgreich und zukunftssträftig bewertet.

Teilweise unterschiedliche Standpunkte ergeben sich in Akzentsetzungen bei der Interpretation des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin, in der Einschätzung kritischer Berichterstattungen über die UdSSR in westlichen Massenmedien und in der Bewertung der Ursachen für den zögerlichen Fortgang der Wiener Abrüstungsgespräche. Dabei betonten jedoch alle Gesprächsteilnehmer, daß es im Prozeß der Normalisierung darauf ankomme, kritische Probleme nicht zu dramatisieren, sondern im Geiste gegenseitiger Verständigung und Toleranz nach beiderseits annehmbaren Kompromissen zu suchen.

Ebenso eindeutig wie übereinstimmend wurde ferner hervorgehoben, daß der Gegensatz der Ideologien in Ost und West nicht zu einem Element der Friedensgefährdung angeheizt werden darf, sondern in Richtung auf einen friedlichen Wettbewerb der Ideen orientiert sein muß. Bei dieser Einschätzung brauchen die Unterschiede der Gesellschaftsordnungen und die unterschiedlichen Erwartungen über den künftigen Lauf der Geschichte die Entspannung nicht zu beeinträchtigen. (-/5.5.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller